

Fragen des *Naturschutzbund Deutschland. Gruppe Marburg e.V. (NABU)* an die Parteien zur Kommunalwahl am 14. März 2021

1. Welches Konzept haben Sie zur Verbesserung des ÖPNV und zur Verkehrsentlastung der Innenstadt?

In der abschließenden Sitzung des Stadtparlaments Ende Januar konnte die Marburger Linke in Bezug auf die Verkehrsentlastung der Innenstadt und den ÖPNV einen wichtigen Durchbruch erzielen. Mit der großen Mehrheit der Stadtverordneten (Ausnahme FDP, BfM) wurde die kostenlose Benutzung der Stadtbusse (Nulltarif) an Wochenenden beschlossen, zunächst für zwei Jahre auf Probe, unter Zustimmung des RMV und wissenschaftlicher Begleitung. Wir streben weiterhin den Nulltarif für Stadtpassinhaber an und schließlich den Nulltarif insgesamt.

Darüber hinaus haben wir beispielweise Tempo 30 in der Frankfurter Straße und in der letzten Sitzung des Stadtparlaments auch die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung durchgesetzt. Umfangreich Initiativen gab es im Stadtparlament zur Stärkung des Radverkehrs. In der Innenstadt und in Wohngebieten soll nach Auffassung der Marburger Linken Tempo 30 eingeführt und geschwindigkeitsreduzierende Umbauten durchgeführt werden.

„Für eine klimafreundliche und soziale Stadt der Zukunft hat die Verkehrswende eine herausragende Bedeutung. Der Luftverschmutzung, dem Flächenverbrauch und dem dauernden Lärm durch den motorisierten Verkehr setzt die Marburger Linke ein Verkehrskonzept entgegen, das klimaschädliches Verhalten teuer, ökologische Mobilität hingegen günstig und für alle Menschen möglich macht.“

In den nächsten Jahren will die Stadt eine Gesamtstrategie für Verkehr und Mobilität entwickeln, die bis zum Jahr 2035 gelten soll. Die Marburger Linke wird ihre Vorstellungen einer humanen Verkehrspolitik in diesen Prozess einbringen. Dazu zählt der massive Ausbau des ÖPNV sowie des Rad- und Fußverkehrs auf Kosten des Raumes und der Privilegien des Autoverkehrs. Pläne, durch Umgehungsstraßen oder einen unbezahlbaren „Behring-Tunnel“ den Pkw-Verkehr zusätzlich zu fördern, werden auf den entschiedenen Widerstand der Marburger Linken stoßen.“

Lesen Sie mehr dazu unter: www.LINKE-Marburg.de , [Verkehrswende jetzt](#).

2. Welches Konzept haben Sie, um dem fortschreitenden Insektensterben und dem Artenschwund (Flora und Fauna) entgegenzuwirken?

Ebenfalls in der letzten Sitzung des Stadtparlaments in dieser Wahlperiode wurde auf Antrag der Marburger Linken „Gemeinschaftsgärten als umweltfreundliche Aufwertung des Wohnumfelds“ beschlossen.

Umfassendere Ziele haben wir uns zu dieser Fragestellung in unserem Kommunalwahlprogramm gesetzt:

- verstärkte Begrünung und Beschattung öffentlicher Flächen, vom Schulhof über Dächer, Spielplätze, Aufenthaltsorte für Jugendliche und Bushaltestellen;
- die Erarbeitung und Umsetzung eines Klima- und Begrünungskonzepts für die Marburger Oberstadt;

- die Erarbeitung und Umsetzung einer städtischen Richtlinie zur Reduktion von öffentlicher und privater Lichtverschmutzung zum Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzenwelt;
- regelmäßige Kontrolle und Ahndung von Bodenverseuchung durch Pestizide, Salz, Schwermetalle und andere Bodenschadstoffe;
- ökologische, zurückhaltende und geräuscharme Grünpflege;
- Schutz des Grüner Wehrs;
- Stadtgärten bzw. Felder in Stadtnähe zur Bewirtschaftung durch Bürger*innen.

3. Welches Konzept haben Sie, um **Biotop** wie **Wegränder, Hecken und Gewässer** besser zu schützen? Sind Ihnen die bestehenden Probleme bekannt?

Ja, die Probleme sind mir bekannt. Bei Spaziergängen im Marburger Land kann man vor Ort immer wieder sehen, dass Landwirte bis an den äußersten Rand zu den Wegen ihre Ackerflächen mehr und mehr erweitern und Hecken immer mehr aus dem Landschaftsbild verschwinden, obwohl sie u.a. wichtige Rückzugsmöglichkeiten für Tiere darstellen sowie Windschutz bieten und so vor Bodenerosion schützen. Hintergrund ist die Subventionspolitik der EU: je mehr bewirtschaftete Fläche, je mehr Subventionen. Auch der Einsatz von Pestiziden muss massiv zurückgedrängt werden, - hier gibt es eine zu starke Lobby von Bauernverband und Düngemittelindustrie. Bei der notwendigen Agrarwende muss allerdings darauf geachtet werden, dass sie nicht zu Lasten der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe geht. Ökologische Landwirtschaft gilt es zu fördern.

4. Wie stehen Sie zur Einrichtung eines „**Runden Tisches**“, an dem Kommunalpolitiker, Vertreter aus Wirtschaft, Landwirtschaft, Naturschutzverbänden und Behörden ein- bis zweimal jährlich die Entwicklung der Region besprechen und die bestehenden Konflikte austragen? Ein entsprechendes Modell existiert im Landkreis Gießen. (AK Lebensraum Feldwege)

Dieses Modell aus dem Landkreis Gießen finde ich sehr gut. Man muss dieses Konzept der Kreisregierung des Landkreis Marburg-Biedenkopf näherbringen. Aus Gesprächen mit der Fraktion DIE LINKE im Kreistag weiß ich, dass dort an ähnlichen Vorstellungen bereits gearbeitet wird. Die ökologische Agrarwende wird in der kommenden Wahlperiode im Kreistag einer ihrer Schwerpunkte sein.

5. Was gedenken Sie gegen zu starke Lichtemissionen („**Lichtverschmutzung**“) zu unternehmen? Wie stehen Sie zu dem, was diesbezüglich z. B. in der „**Sternenstadt Fulda**“ praktiziert wird?

Von dem Biosphärenreservat Rhön liegt mir ein Konzept vor: „Umweltverträgliche Beleuchtungen von Arbeitsstätten, Parkplätzen und Werbeanlagen“. Dies sollte man mit unseren Gewerbetreibenden, Betrieben und den zuständigen kommunalen Verwaltungen prüfen und Umsetzungen auch in Marburg realisieren.

Es gibt auch Anregung von der Stadt Fulda. Die dortige Satzung definiert bestimmte Grenzwerte für Gesamtlichtmengen und kann somit beispielsweise über die Pflicht zum Einsatz von Bewegungsmeldern und Zeitschaltungen helfen, das Problem zu minimieren. Auch im Sinne des Klimaschutzes ist ein weniger an Licht von Vorteil, da sich hier Einsparungen von Energie realisieren lässt. Für Fulda heißt das: "In den

Industrie-, Gewerbe- und Handelsgebieten soll – wo aus Sicherheitsgründen eine nächtliche Beleuchtung erforderlich ist - eine Gesamtlichtmenge von 35 lm/m² für zu beleuchtende Flächen (z.B. Stellplätze, Zuwegungen etc.) in der Regel nicht überschritten werden... In Sonderfällen, z.B. zur sicheren Durchführung von Arbeiten und Aufgaben, ist eine Gesamtlichtmenge von 100 lm/m² zulässig.“

Dies könnte eine Anregung für Marburg und auch eine Richtschnur für Bebauungspläne sein.

Am 30.08 2019 wurde im Stadtparlament einstimmig folgender Antrag verabschiedet:

„Der Magistrat wird gebeten eine Richtlinie zum nachhaltigen Umgang mit funktionalem und gestalterischem Licht im Außenbereich zu entwickeln, um dem zunehmenden Problem der Lichtverschmutzung entgegenzuwirken. Dabei sollen insbesondere

- 1) Eigene Gebäude der Universitätsstadt Marburg sowie der Töchter auf ihre Art der Außenbeleuchtung überprüft und optimiert werden.
- 2) Gebäude der Universität und der Kirchen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Verantwortlichen überprüft und nach Möglichkeit optimiert werden.
- 3) Straßenbeleuchtung optimiert und überprüft werden.
- 4) Sowie Beratungsangebote für Bauherren, private Immobilienbesitzer und Gewerbetreibende geschaffen werden“.

6. Was kann die Kommunalpolitik tun, um in öffentlichen Einrichtungen, insbesondere Schulen/Kitas, und auf **öffentlichen Grünflächen, mehr Naturerfahrung** herzustellen? (Stichwort „Essbare Stadt“).

Die Schulgärten sind leider etwas aus der Mode gekommen. Die Lehrpläne müssten mehr praktische Naturerfahrung ermöglichen. Die Modelle der Wald-Kindergärten sind gut und sollten weiter ausgebaut werden. Die Kindertagesstätte im Waldtal hat eine kleine „Außenstelle“ im Wald. Von der Sophie-von-Brabant-Schule ist mir bekannt, dass auf ehrenamtlicher Basis naturkundliche Spaziergänge durchgeführt werden. Das Projekt „Probier mal Marburg“ ist eine Idee, die noch ausgebaut werden könnte. Auch die interkulturellen Gärten in Marburg (Stadtwald und Richtsberg) bieten hier gute Möglichkeiten.

Für den Stadtteil Richtsberg hatte die Marburger Linke ein Quartierskonzept beantragt, das explizit Gestaltungsformen wie „Essbare Stadt“ und urbanes Gärtnern vorgesehen hatte. Leider fand dieser Antrag keine Mehrheit

7. Welches ist Ihr Konzept zur **Reduzierung der Müllmenge**, insbesondere der **Verminderung von Plastikmüll**?

Hierzu bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen Strategie. Jede*r von uns sollte anfangen, Plastikmüll zu vermeiden, beim Einkauf, Mehrwegflaschen und -becher benutzen, Leitungswasser trinken, statt aus Plastikflaschen. Aber die Verpackungsindustrie ist hier zuerst gefragt, umweltschonende und nachhaltige Verpackungsmaterialien zu entwickeln. Die Verseuchung der Meere mit Plastikmüll hat ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Der Export von Plastikmüll ins Ausland, insbesondere in Entwicklungsländer, führt dort zu untragbaren ökologischen Schäden. Ab 1. Januar 2021 gelten schärfere Regelungen für den Export von Kunststoffabfällen aus der EU.

8. Wie werden Durchführung und Wirksamkeit von **Ausgleichsmaßnahmen** kontrolliert, die beim Straßenbau oder bei größeren, mit Bodenversiegelung einhergehenden Bauprojekten vorgeschrieben sind?

Das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie hat jetzt die Internetseite **natureg.hessen.de** für die Öffentlichkeit freigeschaltet. Damit sind jetzt über 50.000 naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen im Internet einsehbar. So haben auch Umwelt- und Naturschutzverbände und Interessierte die Möglichkeit einer Kontrolle.

Ausgleichsmaßnahmen können aber häufig nicht voll die Eingriffe in die Natur ersetzen oder benötigen einen größeren zeitlichen Rahmen etwa bei Nachpflanzung von Bäumen. Es wird auch Aufgabe der zuständigen städtischen Gremien und der Stadtverordneten sein, die Überprüfung von Ausgleichsmaßnahmen auf ihre Durchführung und ihre Wirksamkeit hin einzufordern. (Siehe auch Frage 11)

9. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den **Anteil nicht fossiler Energieerzeugung** erhöhen?

DIE LINKE setzt sich dafür ein, „in erneuerbare Energie investieren und Energiekonzerne entmachten: Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie sozial gerecht und durch die Bürgerinnen und Bürger selbst gestaltet ist.

Energie muss sauber sein: Fracking verbieten. Aus Kohle und Atomkraft aussteigen! Ein zukunftsfähiges Energiesystem bedeutet den Ausstieg aus Energieerzeugung durch Uran und Kohle. Fracking ist keine Alternative.“ [www.die Linke.de](http://www.dieLinke.de)

Für die Marburger Linke muss Klimaschutz immer auch sozial ausgestaltet sein. Es darf nicht zugelassen werden, dass Reiche das Klima verpesten und Arme mit den Umweltfolgen, höheren Preisen und Mieten belastet werden. Eine Voraussetzung für das Gelingen der sozial-ökologischen Wende ist die Stärkung öffentlichen und genossenschaftlichen Eigentums.

Die Marburger Linke fordert:

- das Engagement der Stadtwerke Marburg beim Ausbau regenerativer Energie, wie etwa Windkraft und Fotovoltaik ausbauen und Verbraucher*innen beim Energieeinsparen unterstützen;
- Ausbau von Mieter*innen-Strommodellen sowie eine dauerhafte Förderung und formlose Anmeldung von „steckerfertigen Energieerzeugungsanlagen“ (Balkon-Solar-Kraftwerke beziehungsweise Mikro-PV-Anlagen) durch GeWoBau/Stadtwerke;
- die Einführung sozialer Energie- und Wassertarife (Energie-/Wasserbonus) bei den SWMR, die Energiesparen belohnen, einen kostenfreien Grundtarif ermöglichen und überdurchschnittlichen Verbrauch teurer machen;
- Ausbau der Windkraft durch die Stadtwerke auf dem Gebiet der Stadt Marburg mit einer Beteiligung der Bürger*innen an den Einnahmen;
- Förderung und Stärkung von Energiegenossenschaften in Bürger*innenhand zum Aufbau einer dezentralen, gemeinwohlorientierten, sozialen Energieversorgung durch regenerative Energien;
- Senkung des Wärmebedarfs durch warmmietneutrale energetische Sanierungen öffentlicher Wohnungsbaubestände, insbesondere der städtischen GeWoBau.

10. Haben Sie ein Konzept zur energetischen Nutzung der Wasserstofftechnologie?

Nein, auf kommunaler Ebene nicht, das sind Konzepte, die auf Landes- und Bundesebene im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien diskutiert werden.

11. Welche Waldgebiete in der Stadt wollen Sie ganz aus der wirtschaftlichen Nutzung herausnehmen?

Als Kommune haben wir nur Zugriff auf Waldgebiete, die im Eigentum der Stadt Marburg sind. Mit Hessen-Forst könnte man über weitere Flächen reden, die ebenfalls im Stadtgebiet liegen. Konkret könnte ich mir das Waldgebiet zwischen Wehrda-Marbach-Michelbach vorstellen. Dieses Gebiet ist aber klein parzelliert, gehört zum Teil vielen einzelnen Waldbesitzern, - allerdings etwa ein Drittel der Waldfläche rund um den Pharma-Standort Görzhausen wurde von Pharmaserv aufgekauft, die in ihrem Bereich jetzt im Wald ein Wassersilo bauen.

In der Januarsitzung 2021 des Stadtparlaments wurde ein Antrag von SPD/CDU/BfM eingebracht:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, wenigstens zwei Naturwaldzellen mit jeweils wenigstens 15 ha Fläche im Stadtwald auszuweisen. Jegliche forstliche Nutzung ist dort einzustellen und die ausgewiesenen Flächen sollen sich selber überlassen sein, so dass ein naturnaher Wald entstehen kann.“ Die Marburger Linke hat diesem Antrag zugestimmt, aber sehr kritisch bemerkt, dass diese Maßnahme auch als Ausgleich in den Zusammenhang mit den Abholzungen zum Weiterbau der A49 gesetzt wurde. Solche Maßnahmen dürfen keinen Alibi Charakter tragen.

12. In den letzten Jahren sind immer mehr Schottergärten entstanden. Welches Konzept haben Sie, diese zu untersagen? Das betrifft auch den Görzhäuser Hof II.

So etwas kann man in einer kommunalen Satzung regeln und untersagen.

Die Marburger Linke hat ihre Position im parlamentarischen Rahmen im Sommer 2019 so formuliert:

„Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, wie dem Trend zu Schottergärten, auch Gärten des Grauens genannt, entgegengewirkt und die naturnahe Gestaltung von Vorgärten an privaten und öffentlichen Gebäuden gefördert werden kann.

Bei der Erteilung von Baugenehmigungen soll die natürliche Gestaltung von Vorgärten und nicht bebauten Flächen durch heimische Pflanzen zur Auflage gemacht werden. Gehwege und Stellflächen sind in eingeschränktem Maß ausgenommen.

Durch Aufklärung und Anreize sollen bereits angelegte Schottergärten wieder natürlich gestaltet werden.

In das Konzept soll auch die Begrünung von Flachflächen beim Neu- und Umbau von Gebäuden oder Gebäudeteilen, Tiefgaragen und deren überdachten Zufahrten einbezogen werden.“

Im August 2019 sind diese Formulierungen in einen weniger entschiedenen Antrag des Stadtparlaments eingegangen.

13. Was halten Sie von dem Vorschlag des Magistrats künftige **Gewerbeflächen** im ausgewiesenen Überschwemmungsgebiet der Lahn (Marburg Süd) auszuweisen?

In festgelegten Überschwemmungsgebieten ist nach dem hessischen Wasserhaushaltsgesetz die Ausweisung neuer Baugebiete verboten. Das hat seinen guten Grund und im Marburger Süden dürfen davon auch keine Ausnahmegenehmigungen erteilt werden.

Für den neuen Regionalplan hat die Stadt Prüfvorschläge an das Regierungspräsidium geschickt. Offenbar plant die Stadt in der Cappeler Lahnaue – von der Südspange fast bis Gisselberg – ein großes neues Gewerbegebiet. Die Bedeutung der Lahnaue vor dem Hintergrund des Klimawandels – als Frischluftschneise für Marburg und als offizielles Überschwemmungsgebiet ist bekannt. Die Marburger Linke kämpft deshalb gegen eine Gewerbeansiedlung in den Lahnauen, die dieses wichtige Erholungsgebiet zerstören würde.

Für neue Gewerbeflächen im Stadtgebiet Marburg müssen Flächen geprüft werden, die jetzt schon versiegelt sind, nicht nur eingeschossige Flachbauten errichten, sondern wo es immer möglich ist, weiter verdichten ohne neuen Boden dadurch zu versiegeln.

14. Sehen Sie die Möglichkeit weitere **Bodenversiegelung** in Gewerbegebieten zu reduzieren, indem zukünftig nur noch mehrgeschossige Gebäude genehmigt werden?

Wie oben schon gesagt, ist das eine notwendige Strategie. Dies muss und kann man in Bauleitplänen verankern und man müsste bestehende Bebauungspläne mit dieser Option nachträglich prüfen. Das ist zwar zeitlich aufwendig, aber möglich.

Gerne können Sie mich in den hier aufgeworfenen Fragestellungen auch noch nach den Kommunalwahlen am 14. März ansprechen, denn das sind Themen zu deren Lösungen man einen langen Atem braucht.

Renate Bastian
Fraktion Marburger Linke
OB Kandidatin Marburger Linke